

Der Knopfdruck soll das Aufstehen ersetzen

Biel Im Bieler Stadtrat werden Abstimmungen noch immer per Hand ausgezählt. Das sei ineffizient und nicht transparent, findet die SVP. Mit einer Motion will die Partei das Abstimmen per Knopfdruck einführen.

Deborah Balmer

Demnächst befinden die 60 Bieler Stadträtinnen und Stadträte, ob man im Stadtparlament künftig per Knopfdruck abstimmen soll. Wer dafür ist, wird sich von seinem Sitz erheben. Danach stehen diejenigen Stadträte auf, die gegen die Einführung des elektronischen Abstimmens sind. Ausgezählt wird beide Male von Hand. Der Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist das ein Dorn im Auge und eine Quelle möglicher Fehler. Mittels Motion fordert Stadträtin Sandra Schneider (SVP), dass das elektronische Abstimmen möglich wird. «Das Auszählen von Hand braucht nicht nur unnötig Zeit, es kommt deswegen manchmal zu chaotischen Zuständen und es muss nochmals nachgezählt werden», sagt Schneider. Doch nicht nur das stört sie: Das manuelle Zählen verhindert laut Schneider die nötige Transparenz gegenüber der Bevölkerung.

Tatsächlich ist nach Abstimmungen nicht einsehbar, welcher Stadtrat bei einer Vorlage wie abgestimmt hat. Kommt eine Vorlage nicht vor Volk, muss nicht einmal zwingend notiert werden, wie viele Ja-, Nein-Stimmen und wie viele Enthaltungen es im Stadtrat dazu gab. In solchen Fällen heisst es oftmals einfach: Mit grossem Mehr angenommen, oder mit grossem Mehr abgelehnt.

«Damit sich die Bürgerinnen und Bürger ein besseres Bild der Bieler Politik machen können, ist es für uns aber unabdingbar, dass das Abstimmungsverhalten transparent und öffentlich zugänglich gemacht wird», sagt Sandra Schneider, die ergänzt: «Ein Politiker, der zu seiner Meinung steht, kann da eigentlich nicht dagegen sein.»

Geht es nach der SVP/Die Eidgenossen, sollen künftig die Ergebnisse der elektronischen Abstimmungen auf der Website der Stadt Biel publiziert werden. Etwas, was in anderen Parlamenten längst der Fall ist.

Mobil: Wie für Aktionäre

Dass die Einführung des Abstimmungs-knopfs etwas kosten wird, stört die sonst stets sparsamwillige SVP nicht: «Wir sind im digitalen Zeitalter angekommen, diese Anschaffung ist also nötig und wichtiger als es andere Anschaffungen sind», so Schneider. Dabei schwebt der rechten Politikerin ein mobiles System vor, wie es etwa an Aktionärsversammlungen von Swatch oder Banken verwendet wird. «Es gibt nicht nur fixe Abstimmungssysteme, der Stadtratssaal wird ja nicht nur für Ratsitzungen, sondern noch von anderen Nutzern in Anspruch genommen. Eine mobile Lösung wäre für mich daher naheliegender.»

In der Region ist Biel allerdings nicht das einzige Parlament ohne

elektronische Stimmabgabe. Auch das Stadtparlament Nidau, das aus 30 Stadträtinnen und Stadträten besteht, kennt kein Abstimmen per Knopfdruck, sondern das «Handzeichen». Auch im Grossen Gemeinderat Lyss (GGR) wird auf diese Art abgestimmt.

Andere Parlamente sind da moderner: Im Stadtrat Bern etwa wird seit vielen Jahren per Knopfdruck die Meinung geäu-

«Ein Politiker, der zur Meinung steht, kann nicht dagegen sein.»

Sandra Schneider, Stadträtin SVP

sert. Die jährlich 22 bis 23 Stadtratssitzungen finden allerdings im Grossratsaal im Rathaus statt, die elektronische Anlage kann also von beiden Parlamenten genutzt werden.

Direkt nach den Abstimmungen sind die Ergebnisse des Berner Stadtrats jeweils im Internet einsehbar: ein Abstimmungsprotokoll zeigt genau auf, welcher Stadtrat wie gestimmt hat, so, wie es sich die SVP auch für Biel wünscht.

Nicht jedes Parlament tut sich allerdings leicht mit der Einfüh-

rung des Abstimmungs-knopfs. Während im Nationalrat bereits 1994 das Erheben aus den Stühlen Geschichte war, wurde die Einführung des elektronischen Systems im Ständerat erst 2013 Realität. Zuvor waren mehrere Anläufe gescheitert und dem Entscheid gingen emotionale Diskussionen voraus. Wieso hielt man im Stöckli am Handerheben fest? Viele hatten Angst davor, dass die Offenlegung des Abstimmungsverhalten den Druck vonseiten der Parteien und Verbände auf die Ständeräte erhöhen könnte.

Die Idee mit dem Live-Stream

Die Sache mit dem Abstimmen per Knopfdruck fällt in die Organisationsautonomie des Stadtrats. Das heisst, den Vorstoss von Sandra Schneider wird nicht wie üblich der Gemeinderat beantworten, sondern das Stadtratsbüro. Die städtische Finanzdirektion wird aber einen Mitbericht dazu liefern.

Im Bieler Stadtrat hatte übrigens vor einigen Jahren schon einmal jemand die Idee, die Stadtratssitzungen der Bevölkerung näher zu bringen. Wenn auch in nochmals anderer Form: Der SVP-Stadtrat Martin Scherrer verlangte per Motion, dass die Parlamentsitzungen jeweils per Live-Stream übertragen werden. Sodass Interessierte wichtige Debatten bequem von Zuhause aus hätten mitverfolgen können. 100 000 Franken, wurde damals

geschätzt, würde die technische Einrichtung dafür kosten. Scherrer zog wegen des hohen Betrages den Vorstoss von sich aus wieder zurück.

Kommentar Von Deborah Balmer

Für die SVP ist klar, dass ein elektronisches Abstimmungssystem etwas kosten darf. Sparen könne man ja, indem man die Ampel an der Mettstrasse wieder aufhebe, sagt Stadträtin Schneider. Mit dieser Argumentation wird sie im Stadtrat allerdings nicht durchkommen. Eine Abstimmungsanlage ist garantiert kein Preiskracher und gerade die SVP ist für ihren rigorosen Sparskurs bekannt: Wieso sollte sich das Stadtparlament also selber vom Sparen ausnehmen dürfen? Ohne Frage würde aber mit dem System die Transparenz gesteigert, weil das Abstimmungsverhalten der Politiker für jeden einsehbar wäre. Für Wähler wäre zudem leichter prüfbar, wer gar nicht abstimmt, weil er die Sitzungen schwänzt. Wie alles, hätte es aber auch eine Schattenseite: Schon heute ist die Zuschauertribüne meist schlecht besetzt. Mit der Anlage gäbe es noch einen Grund weniger, die öffentliche Debatte live mitzuverfolgen.

E-Mail: dbalmer@bielertagblatt.ch

Randnotiz Für dumm verkauft



Peter Staub
Ressortleiter
Region

Als Gewerkschafter unterstütze ich in der Regel Anliegen einzusetzen. Und als umweltbewusster Zeitgenosse vermeide ich Flug- und Autoreisen wo immer möglich. Manchmal aber streiten sich die zwei Seelen in meiner Brust. Etwas wenn es darum geht, tatsächlich von Biel nach Avignon und zurückzukommen, während die französischen Bähler gegen die Pläne ihres Präsidenten regelmässig die Züge zum Stillstand bringen wollen.

«Nein, wir streiken nicht, das sind die Franzosen», sagt der freundliche SBB-Beamte zu einer Frau, die nach Bellinzona will und hilft ihr, am Automaten ein Billet zu kaufen, sodass sie nicht eine Viertelstunde warten muss, bis im ehemaligen Bieler Bahnhof ein Schalter für sie frei wird. Weil ich meine ein paar Tage zuvor gekauft Tickets – «rückerstattbar» wie es bei der Online-Buchung hiess – stornieren lassen will, um nach den Ferien nicht auf einem provenzalischen Perron sitzen zu bleiben, komme ich allerdings ums Anstehen nicht herum.

Der Preis von über 350 Franken für die zwei Billette war verglichen mit den unverschämten tiefen Flugpreisen zu hoch, aber das gute Umweltgewissen lässt mich sich etwas kosten, obwohl mir als ehemaliger Protestant die Zuneigung zum Ablasshandel nicht in die Wiege gelegt wurde. Mit der Ungewissheit abzureisen, jenseits von Genf tatsächlich transportiert zu werden, erachtete ich jedoch als fahrlässig. Deshalb wollte ich die Tickets, die ich kurz vor der Streikankündigung gekauft hatte, wieder loswerden.

Natürlich habe ich mit Stornierungsgebühren gerechnet, obwohl es bis zur Reise noch gut einen Monat dauert und die Bahn die Billette sicher noch loskriegt. Rund zehn Franken hätte ich als vernünftig erachtet. Als diese dann aber in der Höhe von 20 Prozent des Fahrpreises ausfallen, fühle ich mich für dumm verkauft. Sogar der Schalterbeamten ist es peinlich, obwohl sie sich professionell verhält und sich ihren Unmut über den hörbar verärgerten Kunden, der etwas vom Preisüberwacher erzählt, nicht anmerken lässt. Die SBB hätten nichts von der Stornierungsgebühr, die übrigens im Kleingedruckten ausdrücklich ausbedungen sei, sagt die bemeidenswerte SBB-Mitarbeiterin. So richtig es wäre, dass der Meierhans den SBB hier mal auf die Finger klopft, ihn aufzuschrecken ist mir dann doch zuviel des Aufwands. Vielleicht lesen er und die SBB-Spitze ja diese Randnotiz. Im besten Fall ändert sich danach etwas.

Zumindest ist das Mietauto ab Biel für eine Woche ohne Kilometerbeschränkung mit Spritkosten und Mautgebühren nicht teurer als die Bahnbillette plus Stornierungsgebühr. Ich überlege mir nun ernsthaft, das nächste Mal gleich einen Mietwagen zu buchen und als Ablasshandlung die CO₂-Kompensation an Myclimate zu bezahlen. Dann muss ich mich zumindest nicht ärgern, wenn ich die Reise storniere.

E-Mail: pstaub@bielertagblatt.ch

Badende müssen weiterhin Bootsstege nutzen

Nidau Auch in dieser Badesaison wird es für Schwimmer im Nidau-Büren-Kanal nur einen Notausstieg in Nidau geben. Der Kanton hat die Anfrage der Stadträtin Esther Kast zurückgewiesen.

Mitte Januar setzte es sich die Grüne Nidauer Stadträtin Esther Kast zum Ziel, das Schwimmen im Nidau-Büren-Kanal sicherer zu gestalten. Denn für den Ein- und Ausstieg existiert in Nidau lediglich eine offizielle Stelle für Schwimmer (das BT berichtete). Meist nutzen diese jedoch die Bootsstege als Ausstiegsmöglichkeit. Bei niedrigem Wasserspiegel ragen die meisten Stege nicht bis ins Wasser. Zudem sind die Steine am Rande des Kanals übersät von Muscheln, an denen sich die Schwimmer beim Ein- und Aussteigen nicht selten schneiden. «Dies hält besonders Kinder und Untrainierte davon ab, im Kanal schwimmen zu gehen», sagt Kast.

Mit einer Verlängerung einiger Stegtreppen oder zusätzlichen kleinen Treppen wollte Kast neue Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten für Schwimmer erstellen. Doch auf ihrer Mission, muss die Grüne Stadträtin nun einen herben Rückschlag einstecken.

Kanton will nicht haften

Anfang März sendete sie für ihr Vorhaben eine Anfrage an das zuständige Strassen- und Schiffsverkehrsamt des Kantons Bern. Dieses lehnte das Amt nun ab. Die Hauptbegründung: Bei den Stegen gelte die Kausalhaftung, was dazu führt,

dass die Badenden im Falle eines Unfalls selber haften. Die Anlagen seien einzig zum Anlegen von Schiffen erstellt worden und nicht für Schwimmer vorgesehen. Da durch die Erweiterung der Stege die Haftung beim Betreiber, folglich beim Kanton liegen würde, könne das Amt dem Umbau der Stege nicht zustimmen. Dies obwohl für die Kosten des Umbaus nicht der Kanton, sondern die Stadt Nidau aufkommen müsste. Ulrich Trippel, Leiter der Abteilung Infrastruktur Nidau, betonte Anfang Jahr, dass das Anliegen bei

der Stadt Anklang finden und «sicher durchgekommen würde».

Für Esther Kast ist die Antwort des Kantons ernüchternd. «Ich bin enttäuscht von dieser Haltung», sagt Kast. Sie könne die Begründung des Kantons zwar nachvollziehen, doch zustimmen könne sie dem nur bedingt. Dass die Haftungsfrage den Vorrang hat, geht ihr gegen den Strich. «Dieser Entscheid widerspiegelt den Zeitgeist. Die Lebensqualität wird hinten angestellt.»

Von ihrem Vorhaben konnte sie Anfang März sogar neun Boots-

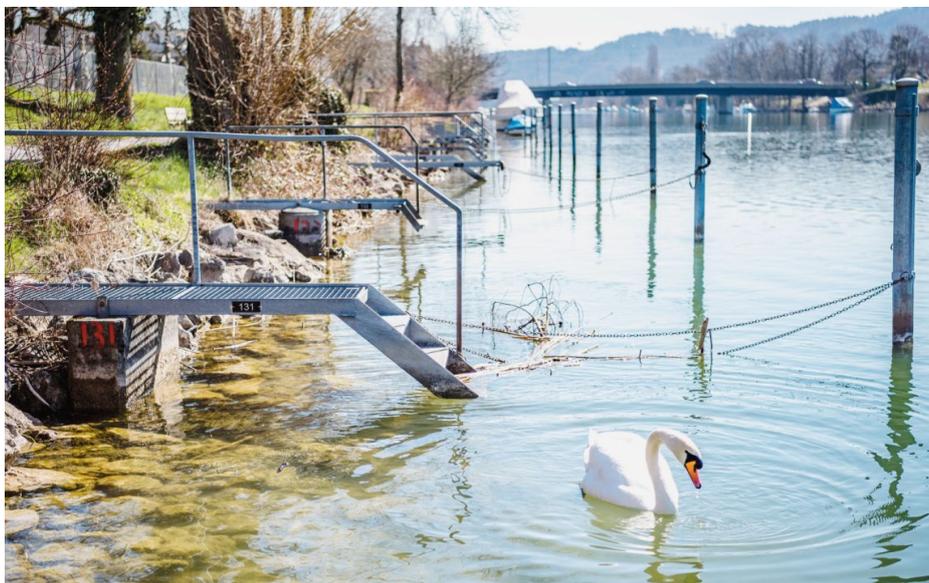
stegmieter überzeugen, welche die Anfrage unterzeichneten und ihre Stege für den Umbau zur Verfügung gestellt hätten. Doch auch dies führte nicht dazu, dass der Kanton Hand für die Aktion bietet.

Keine Petition

Die geplante Petition im Falle einer Absage vom Kanton werde Kast jedoch nicht lancieren. «Solange der Kanton mit rechtlichen Grundlagen argumentiert, macht eine Petition keinen Sinn», sagt Kast. Nun gehe es darum, neue

Möglichkeiten in Betracht zu ziehen. An der nächsten Nidauer Parteizusammenkunft der Grünen werde das weitere Vorgehen besprochen. Kast hofft, dass sie auch weiterhin auf die Unterstützung der Stadt Nidau zählen kann. Denn ihr Vorhaben sei von vielen Nidauern begrüsst worden. Für Kast steht fest: «Es muss etwas getan werden». Die Stege würden sowieso fürs Ein- und Aussteigen genutzt. Es gehe lediglich darum, mehr Sicherheit und Lebensqualität für die Schwimmer zu gewährleisten.

Hannah Frei



In Nidau nutzen die Schwimmer meist die Bootsstege als Ausstieg, da nur ein offizieller Badesteg existiert. Susanne Goldmschid